

Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe
Conférence suisse des institutions d'action sociale
Conferenza svizzera delle istituzioni dell'azione sociale
Conferenza svizra da l'agid sozial

SKOS
CSIAS
COSAS



1905-2005 **100 JAHRE ANS ANNI**

Medienkonferenz „für eine nationale Armutskonferenz in der Schweiz“, 18. März 2005

Statement der SKOS

Immer noch gibt es bei der Armutsbekämpfung erhebliche Unterschiede zwischen den Kantonen. Die SOKS-Studie „Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz“ hat dies klar gezeigt. Eine nationale Armutskonferenz, zu der alle betroffenen Akteure eingeladen werden, könnte zur Harmonisierung von Leistungen beitragen. Es ist tatsächlich nicht einzusehen, weshalb beispielsweise eine einkommensschwache Familie mit zwei Kindern an einem Ort über 1000 Franken pro Monat weniger zu Verfügung hat als an einem anderen Kantonshauptort in der Schweiz. Diese Unterschiede sind zudem nicht einmal systematisch, entsprechen also vielmals nicht einer gewollten Politik, sondern variieren in fast zufälliger Weise in Abhängigkeit der Haushaltszusammensetzung und / oder des Zusatzlohnes.

Eine nationale Armutskonferenz könnte also zur Harmonisierung der Praktiken und der Leistungen und zur Reflektion darüber beitragen. Sie wäre aber auch nützlich im Hinblick auf den Austausch von praktischen Erfahrungen, die in Kantonen, Städten und Gemeinden gemacht werden. Gerade in Zusammenhang mit den heute von allen Seiten geforderten Integrationsmassnahmen wäre ein Erfahrungsaustausch insbesondere über Wirkungsanalysen der angewandten Praktiken äusserst wünschbar. Hier ist aber nicht nur die Sozialhilfe gefordert, sondern auch die Invalidenversicherung – Stichwort 5. IV-Revision – und selbstverständlich auch die Arbeitslosenversicherung. Die Zusammenarbeit zwischen diesen Instanzen, die in letzter Zeit zum Teil erfreuliche Fortschritte gemacht hat aber immer noch ausbaufähig ist, wird heute mit Interinstitutioneller Zusammenarbeit IIZ bezeichnet.

Eine Schwierigkeit dieser Zusammenarbeit besteht darin, dass die verschiedenen Leistungsträger auf verschiedenen staatlichen Ebenen angesiedelt sind: Bund, Kantone und / oder Gemeinden. Dies bedeutet aber auch, dass eine regelmässig wiederkehrende nationale Armutskonferenz zur Debatte über die Rollen, Funktionen und Verantwortungen der verschiedenen Staatsebenen: Bund, Kantone, Städte und Gemeinde im Bereich der Armutsbekämpfung beitragen könnte: Welche Formen der Zusammenarbeit sind hier gefragt, realisierbar und wirkungsvoll? Dies könnte auch zur Leistungssteigerung beitragen, gegebenenfalls sogar zur immer wieder geforderten Kostensenkung, und so verhindern, dass diese nur in Zusammenhang mit einer eventuellen Senkung der Leistungen an die Bezüger diskutiert wird.

Kontakt:

Ueli Tecklenburg, Geschäftsführer SKOS
031 326 19 19 / tecklenburg@skos.ch

Medienkonferenz „für eine nationale Armutskonferenz in der Schweiz“

Statement von Caritas Schweiz

Armut ist auch in der reichen Schweiz längst kein Randproblem mehr. Immer mehr Menschen müssen die Erfahrung machen, was es heisst, zu den Armen zu gehören. Dazu einige Fakten:

- Gemäss den neusten Zahlen des Bundesamtes für Statistik leben mehr als 500'000 Menschen in working poor-Haushalten, davon über 233'000 Kinder.
- Die Zahlen der Städte-Initiative zeigen auf, dass die Fallzahlen in der Sozialhilfe seit Jahren ansteigen, in jüngster Zeit mit Steigerungsraten von jährlich 10 Prozent. Inzwischen sind schon mehr als 300'000 Menschen auf die finanzielle Unterstützung durch das Sozialamt angewiesen, darunter besonders viele junge Erwachsene.
- Eben wurde das nationale Forschungsprogramm 45 über „Probleme im Sozialstaat“ abgeschlossen. Fazit der verschiedenen Studien: Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt gelingt mit den vorhandenen Instrumenten immer schlechter. Und es braucht neue Massnahmen zur Existenzsicherung sowie zur beruflichen und sozialen Integration.
- Die Einzelfallhilfe von Caritas wird immer öfter in Anspruch genommen. Der Umsatz in den sechzehn Caritas-Läden, in denen Produkte des täglichen Bedarfs sehr günstig verkauft werden, hat markant zugenommen.

Die Fakten zeigen es in aller Deutlichkeit: Die Schweiz hat ein gravierendes soziales Problem: Armut!

Aus diesem Grund unterstützt Caritas Schweiz die Schaffung einer nationalen Armutskonferenz. Damit wird ein Ort geschaffen, an dem die soziale Entwicklung analysiert und an dem über neue Strategien der gesellschaftlichen Integration verhandelt werden kann.

Diskussionsgrundlage einer regelmässig stattfindenden nationalen Armutskonferenz soll aus Sicht der Caritas Schweiz ein Armut- und Reichtumsbericht sein, der das aktuelle Wissen über die Hintergründe und Ursachen der sozialen Ungleichheit zusammenfasst. Auf dieser Basis kann dann ein Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung entwickelt werden, wie dies seit einiger Zeit schon in den Ländern der europäischen Union unter Einbezug aller wichtigen sozialen Akteure gemacht wird. Über dessen Umsetzung wird die breit abgestützte Armutskonferenz zu wachen haben.

Toni Hodel, Stellenleiter
Caritas Bern, Eigerplatz 5, 3000 Bern | 4
031 / 378 60 00 / 06

Pressekonferenz vom 18. März 2005

**Nationalrats-Postulat für eine Nationale Armuts-Konferenz:
«Redet mit uns, nicht über uns»**

Die Bewegung ATD Vierte Welt vereinigt Personen und Familien, die in grosser Armut leben, und Mitbürger, die ihnen beizustehen versuchen. Zusammen rufen sie zum Einsatz für eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung auf, in der die Würde und die Grundrechte aller Menschen ohne Ausnahme anerkannt sind. Zusammen verwirklichen sie Projekte für den Dialog zwischen Personen aus verschiedenen Kreisen und in verschiedenen Positionen. Diese Projekte haben zum Ziel, die Ausdrucksfähigkeiten der am meisten von Armut Betroffenen, die Anerkennung ihrer eigenen Anstrengungen und Möglichkeiten ihrer Teilnahme an Kultur und am Kunstschaffen ebenso wie den Einsatz aller aufgrund der Erfahrungen der Ärmsten zu fördern.

An der ersten Nationalen Armuts-Konferenz vom Mai 2003 hat ATD Vierte Welt aktiv mit einer Delegation teilgenommen, deren Mitglieder zum Teil in grosser Armut leben. Sie hat erreicht, dass die Konferenz dem Bundesrat die Ausarbeitung eines nationalen Aktionsplans zur Armutsbekämpfung vorgeschlagen hat. Dieser Vorschlag wurde bereits in der Parlamentssession vom Juni 2003 in einer von Nationalrat Paul Rechsteiner eingebrachten Motion wieder aufgenommen.

Überall in der Welt wird in der Politik auf die Teilnahme der betroffenen Bevölkerung Gewicht gelegt. Die Beschlüsse des Kopenhagener Weltgipfels über Soziale Entwicklung von 1995 und die von der Europäischen Union im Jahr 2000 gesetzten Ziele bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung weisen ebenso wie die Empfehlungen des Europarats darauf hin, dass die nationalen und lokalen Behörden, die Verbände und die Sozialdienste sich vornehmlich um die Mitsprache und die Teilnehme der Menschen, welche Armut und soziale Ausgrenzung erleben, kümmern sollten. In der Schweiz gibt es gegenwärtig mehrere, von verschiedenen Vereinigungen (auch ATD) getragene, nationale und lokale Aktionen, welche die Dialogfähigkeiten und die Erfahrungen von Personen und Familien in grosser Armut aufzuzeigen versuchen.

Auf nationaler Ebene besteht leider noch kein Rahmen, in dem eine solche Teilnahme auf die Dauer verankert werden könnte. Die Vorbereitung und die Durchführung von regelmässig stattfindenden Nationalen Armuts-Konferenzen könnten einen solchen Rahmen bieten, in dem ein nachhaltiger Dialog zwischen Behörden, Parlamentariern, Beamten, Verbänden, Wissenschaftlern, Sozialarbeitern und betroffenen Personen geführt werden könnte. Der Text des heute eingebrachten Postulats unterstreicht dass «der Einbezug von armutsbetroffenen Personen... ein zentraler Ansatzpunkt werden (muss), um eine neue Sichtweise des Phänomens zu erhalten und um ein wirksames politisches Vorgehen zu entwickeln». Dieser Einbezug von neuen Partnern unter den Ärmsten wird uns dazu führen, sie als Mitmenschen zu sehen, welche selber und immer wieder gegen die sie belastende Armut und soziale Ausgrenzung ankämpfen und deren Erfahrung für die Ausmerzung der Armut unersetzlich ist.

«Redet mit uns, nicht über uns», halten sie uns vor. Die Durchführung nationaler Armuts-Konferenzen und die Ausarbeitung eines Nationalen Aktionsplans zur Armutsbekämpfung würden uns allen die Gelegenheit bieten, dieser Erwartung gerecht zu werden.

Medienkonferenz „für eine nationale Armutskonferenz in der Schweiz“

Statement HEKS

Als Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz setzt sich HEKS dafür ein, dass alle Menschen ein Leben in Würde und in sozialer, wirtschaftlicher sowie politischer Sicherheit führen können. Armut bedeutet mehr, als kein Geld zu haben. Wer arm ist, wird oft aus dem sozialen Leben ausgeschlossen, hat schlechte Chancen bei der Wohnungssuche, kleine Aussichten auf eine Arbeitsstelle. Diese soziale Ausgrenzung führt zu Einsamkeit und geringem Selbstwertgefühl. Armutsbetroffene Menschen leben eingeschränkt, sie können ihre Ziele im Leben nicht verwirklichen. Das Geld reicht nicht für die Freizeitgestaltung, was Isolation zur Folge hat.

HEKS engagiert sich im Inland auf vielfältige Weise für Arme. In Zürich beispielsweise vermittelt HEKS SozialhilfebezügerInnen regelmässige Teilzeitarbeit im Rahmen der Sozialhilfe an. Die Arbeitseinsätze finden in gemeinnützigen Institutionen statt. HEKS-Wohnen in Basel und im Aargau unterstützt Menschen bei der Bewältigung ihres Alltags. Eine Lebenskrise, ein Suchtproblem, eine psychische Erkrankung oder eine Haftstrafe können bedeuten, dass sie auf dem freien Wohnungsmarkt keine Chance haben oder mit dem Alleinleben überfordert sind. Die Wohnbegleitung sorgt dafür, dass sie ihre Selbstständigkeit ausbauen können. Mit der Kultur-Legi erhalten Einkommensschwache Ermässigung auf kulturelle Veranstaltungen.

Um seine Ziele zu erreichen, braucht HEKS Partnerorganisationen. Aus diesem Grund unterstützt HEKS das Postulat für eine nationale Armutskonferenz im Nationalrat. Massnahmen und Strategien gegen Armut müssen gemeinsam mit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Behörden ausgearbeitet werden. Ein wichtiger Grundsatz ist dabei der Einbezug der Betroffenen. Für HEKS ist es deshalb unabdingbar, dass diese in die Diskussion, die Evaluation sowie die Strategieentwicklung miteinbezogen werden.

Armut ist nicht selbstverschuldet. Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Kinder oder Scheidung können trotz Sozialversicherung dazu führen, dass Menschen in der Schweiz nicht genug Geld haben, um ein würdiges Leben zu führen.



Schweizerisches Arbeiterhilfswerk **SAH**
Œuvre suisse d'entraide ouvrière **OSEO**
Soccorso operaio svizzero **SOS**

Pressekonferenz vom 18. März 2005 zum Postulat für eine Nationale Armutskonferenz

Armut gehört auf die politische Agenda der Schweiz

Mit seinen öffentlichen Kampagnen weist das Schweizerische Arbeiterhilfswerk SAH seit Jahren auf das Tabuthema Armut hin. Nach wie vor gibt es keine gültige gesamtschweizerische Statistik über die Anzahl Menschen, die von Armut betroffen sind. Das SAH fordert deshalb eine regelmässige Erhebung aller Aspekte von Armut in der Schweiz, damit sinnvolle Massnahmen eingeleitet werden können. Es unterstützt nachdrücklich die Forderung nach einer Nationalen Armutskonferenz im Nationalrat.

Armut ist eine Realität in der Schweiz, auch wenn sie meist nicht sichtbar ist, wie beispielsweise in Ländern des Südens. Der Wohlstandsbericht der Eidgenössischen Steuerverwaltung vom Juni 2004 zeigt, dass sich die Schere zwischen arm und reich weiter öffnet. So ging das Erwerbseinkommen zwischen 1990 und 1998 beim ärmsten Viertel der Schweizer Bevölkerung um 8,5 Prozent zurück, während das reichste Zehntel in der gleichen Periode 7,5 Prozent mehr verdiente. Für das gleiche Viertel von Armutsbetroffenen stiegen zudem die Steuern innerhalb von 10 Jahren von 20 auf 24 Prozent des jeweiligen Haushaltsbudgets.

Besonders von Armut betroffen sind Alleinerziehende sowie Familien mit drei und mehr Kindern. Das heisst, dass in diesen Familien auch zahlreiche Kinder und Jugendliche automatisch in die Armutsfalle geraten, die ihre Zukunft prägt.

Wer arm ist, ist nicht nur finanziell benachteiligt. Die Chancen für Aus- und Weiterbildung sinken drastisch, oft leben arme Menschen in beengenden Wohnverhältnissen und ihre physische sowie psychische Gesundheit leidet. Arme leben zudem oft isoliert, weil sie nicht voll am normalen Gesellschaftsalltag teilhaben können. Die steigende Jugenderwerbslosigkeit ist unter anderem auch ein Resultat solcher Verhältnisse, weil Jugendlichen das unterstützende Umfeld fehlt, um den Übergang von der Aus- oder Weiterbildung in die Arbeitswelt zu schaffen.

So lange keine verlässlichen Grundlagen und Datenerhebungen existieren, können auch keine nachhaltigen Massnahmen an die Hand genommen werden. Deshalb darf Armut nicht länger als Randthema auf der politischen Agenda geführt sondern muss als Kernthema anerkannt werden.

Nur mit einem Aktionsplan, der von der Politik angeführt und von Behörden und sozialen Institutionen mitgetragen wird, kann Armut gemeinsam und wirksam bekämpft und ein gesellschaftliches Desaster verhindert werden. Das Postulat zur Forderung einer regelmässigen nationalen Armutskonferenz im Nationalrat stellt einen sinnvollen Anfang dar und wird deshalb vom SAH begrüsst und mit Nachdruck unterstützt.

Kontakt SAH

Stefan Gisler, Mediensprecher SAH, Tel. 044 444 19 23, stefan.gisler@sah.ch
Marianne Roth, Leiterin Kommunikation, Tel. 044 444 19 44, marianne.roth@sah.ch

Spendenkonto SAH: 80-188-1 www.sah.ch www.armut.ch

Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk SAH ist eines der grossen Schweizer Hilfswerke. Im Inland unterstützt das SAH in rund 100 Projekten Erwerbslose und MigrantInnen. Im Ausland engagiert sich das SAH in 16 Ländern in der Entwicklungszusammenarbeit sowie in der Nothilfe bei Kriegen und Katastrophen.

Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH, Quellenstrasse 31, Postfach 2228, 8031 Zürich, Tel. 044 444 19 19